

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

**Teilfortschreibung Stadtentwicklungsplan
Heidelberg 2010 - Demographischer Wandel
(überarbeitete Fassung)**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	18.07.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	02.08.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 zu beschließen.

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Synopse der Anregungen
A 2	Originaleinsendungen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Da es sich hier um eine Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans handelt, die die bestehenden Zielvorgaben ergänzt, ist eine Prüfung der Nachhaltigkeit nicht notwendig.

Begründung:

Der Entwurf der Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 (STEP) zum Thema Demographischer Wandel wurde am 11.04.06 in den Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss eingebracht. Am 25.04.06 wurde er im Jugendgemeinderat und am 11.05.06 im Ausländerrat / Migrationsrat behandelt. Am 17.05.06 fand schließlich eine gemeinsame Sitzung von Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss und Kulturausschuss statt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit startete mit der Internetplattform „Perspektive Heidelberg“. Sie wurde am 24.04.06 freigeschaltet und endete am 15.06.06. Darüber hinaus wurden die Bürgerinnen und Bürger mit einer Sonderbeilage zum Stadtblatt über das Thema Demographischer Wandel und die Perspektive Heidelberg informiert. Die Sonderbeilage lag auch in den Bürgerämtern und den Seniorenzentren aus.

Insgesamt gab es 15 Rückmeldungen, darunter 12 sachbezogene. In der Grundtendenz wird die vorgeschlagene Teilfortschreibung in den Rückmeldungen begrüßt.

Mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege fanden am 27.06.06 und am 28.06.06 ausführliche Gespräche über Anregungen und Ergänzungen zur Teilfortschreibung und zum Handlungskonzept statt, desgleichen mit der Grundsatzkommission des Ausländerrats / Migrationsrats am 29.06.06. Die vom Ausländer-/Migrationsrat angekündigten Anregungen werden zur Sitzung als Tischvorlage vorgelegt.

Die im Rahmen der Beratungen, der Beteiligung der Öffentlichkeit und bei den Gesprächen mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege eingegangenen Anregungen und Vorschläge sind in der als **Anlage 1** beigefügten **Synopse** zusammengestellt. Die in die Teilfortschreibung des Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 übernommenen Punkte oder Maßnahmen wurden entsprechend ergänzt und thematisch eingeordnet. Sie sind in der Synopse in kursiver Schrift und Gelbmarkierung dargestellt. Nicht übernommene Anregungen werden in der Synopse begründet.

Die in dieser Vorlage enthaltene Teilfortschreibung bildet somit die überarbeitete Version, die zur Beschlussfassung vorgeschlagen wird. Die Tischvorlage mit den Anregungen des Ausländer-/Migrationsrates konnten darin noch nicht berücksichtigt werden.

Nach Beschlussfassung wird die Teilfortschreibung als Kapitel 12 in eine Neuauflage des STEPs aufgenommen. Die Präambel wird wie vorgeschlagen ergänzt, die Laufzeit des STEPs auf das Jahr 2015 ausgedehnt.

In der **Anlage 2** sind die sachbezogenen Originalbeiträge aus der öffentlichen Beteiligung zusammengestellt.

Mit dem Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015
die Chancen des Demographischen Wandels nutzen

Teilfortschreibung des 1997 beschlossenen Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, Leitlinien und Ziele, Heidelbergs Lokale Agenda

Präambel

Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demographischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 1974 dienen dabei als Grundlage.

12. Zielbereich Demographischer Wandel

Die Chancen nutzen

Ausgangssituation für die Teilfortschreibung 2006

Alle Prognosen zur demographischen Entwicklung in Deutschland stimmen darin überein, dass es je nach Region früher oder später zu teilweise tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur kommen wird. Bundesweit ist die Zukunft vor allem durch Bevölkerungsrückgang, einen höheren Anteil älterer Menschen, ethnische und kulturelle Vielfalt und veränderte Haushalts- und Familienstrukturen sowie vielfältige Lebensstile gekennzeichnet. Die Entwicklung, die unter den Schlagworten „weniger, älter und bunter“ zusammengefasst wird, verläuft jedoch nicht überall gleich.

Heidelberg hat aufgrund des zunächst zu erwartenden deutlichen Bevölkerungszuwachses voraussichtlich etwas mehr Zeit als andere Städte zur Verfügung, um sich auf Schrumpfungsfolgen einzustellen. Der Prozess mit einer in der ersten Phase stark anwachsenden, ab 2020 stagnierenden und langfristig nach 2030 abnehmenden Bevölkerung macht eine differenzierte Politik erforderlich, die beide Phasen im Blickwinkel behalten muss. Die in der Wachstumsphase zu bewältigenden Integrationsaufgaben sowie wohnungs- und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse lassen sich nicht mit dem Hinweis auf die fernere Zukunft ausblenden, sondern müssen gelöst werden, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und gewünschte zu fördern.

Die Universitätsstadt gehört zu den wenigen Großstädten in der Bundesrepublik, die aufgrund ihrer Standortgunst in den nächsten Jahren in deutlichem Umfang Einwohner/innen hinzugewinnen wird, vorausgesetzt es gelingt, hier das entsprechende Wohnungsangebot bereit zu stellen.

2004 beurteilte die Prognos AG die Zukunftsfähigkeit von 439 Stadt- und Landkreisen. Dabei konnte Heidelberg den Spitzenplatz 6 erreichen. Es besteht in einer von dynamischer Wirtschaftsentwicklung geprägten Stadt allerdings die Gefahr, dass Armut, Vereinzelung, fehlende Integration nur in wenigen Quartieren erkennbar und deshalb zu spät wahrgenommen werden.

Heidelberg wird unter allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs die im Durchschnitt jüngste Bevölkerung haben. Kennzeichnend für die nächsten Jahre ist weniger die Zunahme der Senioren und Seniorinnen als die Abnahme von Kindern und Jugendlichen.¹

- Wegen der hohen Zuwanderung wird die Einwohnerzahl Heidelbergs bis 2020 um 6.400 Einwohner/innen (+4,3%) ansteigen.
- Die Geburtenziffer wird bei 0,9 sehr niedrig bleiben (Bund: 1,4), die Lebenserwartung weiter steigen. Die Zuwanderung überkompensiert den bis 2020 jährlichen negativen Geburtensaldo.
- Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (0 bis unter 20 Jahre) wird bis 2020 erheblich stärker als im Land oder Bund sinken. Die positive Bevölkerungsentwicklung wird vor allem durch die Altersgruppen zwischen 18 und 30 Jahren bestimmt.
- Der Anteil der Erwerbsfähigen wird bis 2020 zwar nicht zurückgehen, sich aber im Altersaufbau erheblich nach oben verschieben.
- Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren nimmt stark zu, darunter vor allem die Zahl der 80-Jährigen und Älteren.
- Es wird von einem wachsenden Ausländeranteil ausgegangen (Anstieg auf ca. 20%). Der Anteil v.a. der älteren Ausländer über 65 Jahre wird deutlich steigen.

So wird die nahe Zukunft in Heidelberg stärker als anderswo von Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie einer forcierten Familienpolitik bestimmt sein. Die Kinderbetreuungssituation in Heidelberg zählt zu den besten unter den westdeutschen Kommunen. Der Ausbau an Betreuungsplätzen muss kontinuierlich fortgesetzt werden, um das städtische Klima insgesamt noch familienfreundlicher zu gestalten.

Was sich bereits bei der Erarbeitung des 1997 verabschiedeten Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 abzeichnete, nämlich sich wandelnde Familien- und Haushaltsstrukturen, vielfältige Lebensstile sowie ein multikulturelles Einwohnerspektrum, setzte sich in den letzten Jahren fort und wird auch weiterhin anhalten. So finden sich in den vorhergehenden Zielbereichen eine ganze Reihe von Zielvorgaben, deren Umsetzung gerade im Umgang mit den Anforderungen des Demographischen Wandels unverzichtbar sind. Zusammen mit anderen stadtentwicklungspolitischen Zielen bleiben sie weiterhin Daueraufgabe und gelten deshalb unverändert fort. Sie werden deshalb in diesem Kapitel nicht wiederholt. Nur wenn sie für den Umgang mit dem Demographischen Wandel von besonderer Bedeutung sind und in einem neuen und/oder erweitertem Zusammenhang gesehen werden, erfolgt eine nochmalige Aufnahme im vorliegenden Text.

Neben der Notwendigkeit zur Kontinuität bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans ist es jedoch erforderlich, weitere Zielaussagen für die nächsten Jahre vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels aufzugreifen.

¹ Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik: Bevölkerungsentwicklung in Heidelberg nach Stadtteilen 2003 – 2020, Heidelberg 2004 sowie Statistisches Landesamt von Baden-Württemberg, diverse Berichte zur voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg und in den Gemeinden ab 10.000 Einwohnern sowie Landesinformationssystem (LIS), Prognosedatenblatt für Heidelberg, September 2003.

Die Leitlinien in diesem Kapitel

- wenden nach dem Motto „wo Kinder sind, da ist Familie“ den Familienbegriff so an, dass alle Haushalte mit Kindern unabhängig von der Lebensform sowie Familienverbände darunter erfasst sind,
- verlangen von allen noch mehr Einsatz für Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern,
- betonen die wachsende Bedeutung des Stadtteils und der unmittelbaren Wohnumgebung als Ort der Identifikation mit dem Gemeinwesen,
- unterstreichen die Notwendigkeit generationenübergreifender, interkultureller und an Menschenrechten orientierter Handlungsansätze,
- differenzieren die Bedürfnisse älterer Mitbürger/innen,
- arbeiten eine neue Rolle der Stadtverwaltung heraus,
- orientieren sich am Grundsatz der Subsidiarität und
- verstehen Integrationspolitik bei der erwarteten Pluralisierung als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche wie auch der Gesellschaft generell.

Mit der Verstetigung der bereits eingeleiteten Maßnahmen sowie den nachfolgenden Leitlinien eröffnen sich für Heidelberg durch den Demographischen Wandel große Chancen, die es für ein lebendiges Gemeinwesen zu nutzen gilt. Die Zielaussagen aus den vorangegangenen Kapiteln gelten unverändert weiter.

Heidelberg als familienfreundliche Stadt

Heidelberg setzt sich konsequent ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Stadt versteht Kinder, Jugendliche und Familien in allen Lebensphasen als wichtige gesellschaftliche Bereicherung, für die sie ein positives Klima schafft. Die Entscheidung für Kinder sowie das Arbeiten und Wohnen mit Kindern in Heidelberg sollen leicht fallen. Die Stadt will das Engagement aller in allen Bereichen hierfür stärken und bündeln. Die Rahmenbedingungen für familienfreundliche Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern werden ebenso weiter verbessert wie die Rahmenbedingungen für die Pflege von Familienangehörigen. Vernachlässigung und Verarmung werden durch konsequente Prävention verhindert.

Heidelberg als Wohnstandort stärken

Heidelberg will sich für neue Maßstäbe beim familien-, senioren- und behindertengerechten, bezahlbaren Wohnen in der Stadt einsetzen. Um Heidelberg auch als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu sichern, ist ein nachfragegerechtes, attraktives Wohnungsangebot ganz besonders wichtig. Soziale Qualitäten, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, werden dabei immer wichtiger. Sie sollen durch gemeinschaftsorientierte, generationenübergreifende Projekte und nutzungsflexibles, barrierefreies Bauen entwickelt werden. Ein Wohnumfeld, das nachbarschaftliche Begegnung und Kinderspiel ohne Beeinträchtigungen durch den Verkehr zulässt, trägt im besonderen Maße zum Erreichen dieses Ziels bei. Wohnungsnotfälle gilt es zu verhindern. Heidelberger Wohnsitzlosen ist eine Rückkehr in ein geordnetes Leben zu ermöglichen.

Lebenslanges Lernen

Der Lebens- und Bildungsraum Kindertagesstätte und Schule sowie außerschulische Lernorte werden weiterentwickelt. Alle Kinder erhalten die Förderung, die sie brauchen, damit alle Jugendlichen ausbildungsfähig werden. Heidelbergs Bildungseinrichtungen müssen sich auf veränderte Lebenswirklichkeiten von Kindern und Familien einstellen und den ganzen Menschen im Blick haben. Bildung findet immer mehr auch außerhalb der Schulen statt, in der Freizeit, der Familie, in der Kindertagesstätte, der Jugendarbeit, der Berufs- und Weiterbildung sowie im Alter. Sie ist eine Herausforderung für jede Altersstufe und alle Heidelberger Institutionen. Heidelberg trägt dazu bei, dass die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung fester Bildungsbestandteil werden können.

Damit unterstützt die Stadt die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 - 2014 ausgerufene Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Darüber hinaus führt sie junge Menschen, insbesondere junge Frauen, an Berufe im Umfeld von Wissenschaft und Technik heran.

Stadt der Fairness

Das geänderte Rollenverständnis von Frauen und Männern wird als Aufforderung verstanden, das bisherige Engagement für Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis auszubauen. Insbesondere die Verantwortung für Kinder und für die Pflege älterer Menschen muss von allen Heidelbergerinnen und Heidelbergern getragen werden, die Rahmenbedingungen dafür sind zu verbessern. Heidelberg ist eine Stadt der Fairness für Kinder, zwischen Frauen und Männern, für Zugewanderte, für Menschen mit Behinderungen, zwischen den Generationen, für Menschen mit Problemen. Gleiche Bildungschancen sind selbstverständlich.

Eine niedrigere kommunale Verschuldung und ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen lässt der jüngeren Generation ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten und ist damit auch ein Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen.

In einer jungen Stadt alt werden - Kultur des Alterns ermöglichen

Die Lebenserfahrung unserer älteren Mitbürger/innen ist eine wichtige Ressource, die stärker in die Gesellschaft einfließen soll. Jede Generation, jede Altersstufe hat ihre jeweiligen Stärken und Schwächen und ihre eigene Würde. Kommunales Handeln muss deshalb künftig weitaus differenzierter auf diese Unterschiede eingehen und den vielfältigen Anforderungen durch vorausschauende, entwicklungs offene, flexible Planung gerecht werden. Generationenbeziehungen und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt sollen gestärkt werden. Bei der Fortentwicklung der Stadtteilangebote werden sowohl die Bedürfnisse der jungen Alten als auch der Hochbetagten und Demenzkranken berücksichtigt, ebenso wie diejenigen älterer ausländischer Mitbürger/innen. Flexible Versorgungsnetzwerke haben Priorität; darüber hinaus sind auch weitere Spezialisierungen wichtig.

Integration ist die Aufgabe von allen

Heidelberg soll den Charakter einer lebendigen und toleranten Stadt, in der viele unterschiedliche Milieus und Ethnien ohne soziale Konflikte zusammenleben, bewahren. Integration benötigt das Engagement aller; sie ist ein dauerhafter Prozess. Barrieren zu Sprache und Bildung gilt es abzubauen, den interkulturellen Dialog weiter zu fördern. Migrantinnen und Migranten soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit basiert. Das Eingewöhnen in das soziale Umfeld ist durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zu fördern. Die Möglichkeiten des Ausländerrechts sollen für die Integration voll ausgeschöpft werden. Für ausländische Flüchtlinge gelten die Heidelberger Leitlinien zur sozialpädagogischen Betreuung.

Mit Kultur Brücken bauen

Kultur ist – wie Sport auch - als wichtiges Bindeglied zwischen den Generationen zu begreifen und als Chance der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen. Angebote sind, vor allem auch auf Stadtteilebene, auszubauen. Am Ende der derzeit geführten kulturpolitischen Diskussion sollen Grundsätze und Leitlinien stehen, die den weiteren Weg weisen.

Neue Partnerschaft zwischen Bürger/innen und Stadt

Ehrenamtliche Aktivitäten werden verstärkt gefördert und unterstützt. Solidarische, nachbarschaftliche Beziehungsnetze, in denen sich Professionalität und Bürgerengagement ergänzen, sind zu beleben und zu stärken. Migrantinnen und Migranten sowie ältere Mitbürger/innen sind gezielt zu gewinnen. Bürgerschaftliches Engagement ist als selbstbestimmter und zielgerichteter Einsatz für Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen anzusehen.

Aktives und solidarisches Stadtleben ermöglichen

Heidelbergs Stadtteile sind der Ort, wo sich Kulturen und Generationen begegnen. Sie sind das Hauptaktionsfeld des breiten bürgerschaftlichen Engagements. Daher ist es wichtig, die erforderlichen professionellen Unterstützungsangebote direkt vor Ort zu haben. Es gilt hier das soziale Miteinander bewusst zu machen, den Stadtteilbezug zu stärken, Solidarität zu pflegen, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Eigeninitiative und Bürgerschaftliches Engagement im Sinne aktiver Subsidiarität zu fördern. Die Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote im Stadtteil bedeuten Lebensqualität und sind den Bedürfnissen ihrer Bewohner/innen entsprechend der demographischen Entwicklung anzupassen. Möglichkeiten zur interkulturellen Begegnung und zum Kennen lernen des Anderen sind hier wichtig. Der Stadtteil ist auch der Ort, Armutsriskiken aufzudecken und sozialer Ausgrenzung wirksam entgegenzusteuern. Die dortigen Netzwerke, Initiativen und Institutionen sind einzubinden.

Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positionieren

Menschen ziehen dorthin, wo es ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze gibt. Damit kommt der Standortprofilierung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt eine große Bedeutung zu. Es gilt Heidelberg zu einem Standort weiterzuentwickeln, der in seiner Internationalität und Weltoffenheit, seinen Lebensbedingungen und seiner Lebensqualität nicht nur für Fach- und Führungskräfte und ihre Familien, sondern für alle Menschen hoch attraktiv ist. Dies bedeutet erhebliche Anstrengungen in allen Bereichen, die diese Lebensqualität sichern. Die Weiterentwicklung als Wissenschaftsstadt soll Impulse für den gesamten Arbeitsmarkt einschließlich der nachgeordneten Arbeitsplätze geben. Unterschiede der Geschlechter, ethnische und kulturelle Differenz bereichern dabei nicht nur die Arbeitswelt (Management of Diversity). Die bestehende kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist konsequent weiterzuführen.

Heidelberg als starker Partner in der Region

Die Stadt Heidelberg leistet ihren Beitrag, um die Region weiterhin als attraktiven Standort im Wettbewerb um Investitionen und Köpfe zu positionieren. Bei der Weiterentwicklung oberzentraler Einrichtungen vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels ist ein abgestimmtes Vorgehen mit den Nachbargemeinden wichtiger denn je. Dies gilt auch für den Wohnungsneubau und den notwendigen Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs zwischen Heidelberg und den Nachbargemeinden. Darüber hinaus wird die Kooperation und Koordination innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar an Bedeutung gewinnen. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist auch hierfür richtungsweisend.

Stadtverwaltung als vorbildliche Arbeitgeberin und innovative Dienstleisterin

Heidelberg baut die kommunale Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Personengruppen weiter aus, insbesondere für junge Menschen und ältere Arbeitslose und wirkt darauf ein, dass junge Menschen eine Lebensperspektive entwickeln können. Die Stadtverwaltung muss Vorbild für andere Arbeitgeber in Heidelberg im Umgang mit dem Demographischen Wandel werden. Sie ist Vorbild beim Umgang mit eigenem Personal hinsichtlich Familienfreundlichkeit, Chancengleichheit, Umgang mit älteren Beschäftigten und bei der Qualifizierung von Jugendlichen sowie der interkulturellen Öffnung. Sie bleibt weiterhin eine „menschliche Verwaltung“, die wohnungsnah, freundlich, kompetent, interkulturell geschult, persönlich und umfassend berät. Sie wird auch weiterhin flexibel, angemessen und zeitnah auf Veränderungen zugunsten des Gemeinwohls reagieren und dabei neue Kooperations- und Organisationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zur effizienten Leistungserbringung suchen und ihre Fachkompetenzen vor Ort ressortübergreifend bündeln. Dabei wird es immer mehr darauf ankommen, entsprechende Prozesse anzustoßen, zu organisieren und Verbündete zu gewinnen, anstatt alle Projekte und Maßnahmen selbst durchzuführen. Die Stadtverwaltung wird ihre Rolle zunehmend als Initiatorin, Moderatorin und Unterstützerin von Prozessen sehen und ausfüllen.

Mobilität für alle Altersgruppen

Mit dem Ausbau an gesellschaftlichen Möglichkeiten und der Aktivierung aller Altersgruppen, wachsen die Mobilitätsanforderungen an den ÖPNV. Dieser muss sich künftig noch stärker an die sich verändernden Bedürfnisse anpassen und ausgebaut werden. Es gilt, möglichst viele schienengebundene Direktverbindungen zu schaffen, die Fahrzeiten den Bedürfnissen anzupassen, Barrierefreiheit und Sicherheit - auch nachts - zu bieten, die Hangerschließung in den betreffenden Stadtteilen zu gewährleisten sowie für angemessene, sichere Fuß- und Radwegverbindungen nicht nur im Quartier zu sorgen.

Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung

Kaum ein Bereich prägt das Image und die Integrationsfähigkeit einer Stadt mehr als ihr Umgang mit öffentlichen Orten. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Kulturen und Bedürfnisse. Auf eine qualitätsvolle Gestaltung muss daher besonderer Wert gelegt werden. Plätze, wohnungsnaher Grünflächen und attraktive Spielflächen, die gerade für Kinder, Jugendliche und ältere Bewohner/innen wichtig sind, gilt es zu erhalten und neu zu schaffen.

Flexibel bauen

Sowohl beim Neu- als auch beim Um- und Rückbau müssen bereits jetzt größte bauliche Flexibilität und Umnutzbarkeit eingeplant werden. Angesichts der größeren Dynamik der demographischen Entwicklung sollte die Wiederholbarkeit der Eingriffe bei Umbauten von vornherein ermöglicht werden. Dabei gilt es Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die Qualität des Gebauten wird in jeder Hinsicht immer wichtiger, Stadtbaukunst braucht mehr Geltung. Es gilt zudem, soziale Belange bei Bau- und Planungsprojekten zu beachten. Dabei wird künftig noch mehr Wert auf die Vernetzung entsprechend vorhandener Fachkompetenz in den unterschiedlichen Fachämtern gelegt werden und dies bereits in der Planungsphase. Um soziale Belange in alle neuen Bau- und Planungsprojekte gezielter einzubringen, sollten die für die Planung von Wohngebieten entwickelten Einzelchecklisten (wie z.B. die Kinderfreundlichkeitsprüfung) in eine konsequente Sozialverträglichkeitsprüfung überführt werden, die für alle soziale Qualitäten sichert.

Bahnstadt als Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung

Mit gesamtstädtischem Engagement für den neuen Stadtteil Bahnstadt sollen diese Leitlinien auch praktisch umgesetzt und erlebbar gemacht werden. Die Bahnstadt wird nicht nur ein wichtiger neuer Arbeitsplatzstandort, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Herausforderungen des Demographischen Wandels zu bewältigen. In diesem sozial- und altersgemischten neuen Stadtteil sind Familien besonders willkommen, hier sollen sie bezahlbare Wohnungen finden. Die Bahnstadt ist deshalb zügig nach den Kriterien der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Gestalterische Vielfalt, flexibles und barrierefreies Bauen und unterschiedliche Wohnformen, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, sollen zu lebendigen Nachbarschaften führen. Von Anfang an sollen hier mit professioneller Unterstützung das Engagement der Bürger/innen geweckt und verschiedenste Dienstleistungen organisiert sowie das Verantwortungs- und Zugehörigkeitsgefühl gefördert werden. Verschiedene Generationen, Kulturen und Religionen sollen sich hier wohl fühlen können. Die Entwicklung der Bahnstadt darf nicht zulasten der bestehenden Stadtteile gehen.

gez.

B. Weber